

Sächsische Volkszeitung

Erscheint täglich nachm. mit Ausnahme der Sonn- u. Festtage.
Bezugspreis: Vierteljährl. 1 M. 50 Pf. (ohne Postgebühren).
Post-Verlagsnummer 6858.
Bei außerdeutschen Postanstalten laut Zeitungs-Preisliste.
Einzelnnummer 10 Pfennige.

Unabhängiges Tageblatt
für Wahrheit, Recht und Freiheit.

Buchdruckerei, Redaktion und Geschäftsstelle:
Dresden, Pillnicher Straße 43.

Inserate
werden die 6 gespaltene Zeile oder deren Raum mit 15 Pf.
berechnet, bei Wiederholung bedeutender Rabatt.
Redaktions-Sprechstunde: 11-1 Uhr.
Fernsprecher: Amt I. Nr. 1366.

Nr. 146.

Katholiken: Theodorich.

Mittwoch, den 1. Juli 1903.

Protestanten: Theobald.

2. Jahrgang.

Säpliche Quertreiberei.

Einige Tage vor der Stichwahl veröffentlichte Herr Pastor Gerisch, Archidiaconus zu Ramenz, in der „Neuen Zeitung“ (Bischöfswerda) einen Artikel „Zur Stichwahl am 25. Juni“, in dem derselbe geradezu auffordert, gegen den Kandidaten Herrn Gräfe aufzutreten, wenn dieser dem Herrn Gerisch nicht gehorchen wolle. Der Artikel sagt in seinen Hauptstellen:

„Das katholische Blatt „Sächs. Volkszeitung“ bringt unterm 20. Juni folgende Notiz: „Da wir Zentrumleute von dem lebhaften Wunsch durchdrungen sind, unseren Wahlkreis vor der Sozialdemokratie zu bewahren, so sind wir umso mehr erfreut, den Zentrumswählern des 3. Wahlkreises die bestimmte Versicherung geben zu können, daß vom katholischen Standpunkt aus kein Hindernis mehr besteht, Gräfe zu wählen.“

Dann folgen noch einige Aeußerungen der „Sächs. Volksztg.“, aus denen Herr Gerisch schließt, daß für ein „Entgegenkommen“ des Herrn Gräfe und für gebotene „Vorbehalte“ die Zentrumswähler

„ihm (Herrn Gräfe) ihr Wohlwollen verkauft haben; daß er mit der ultramontanen Zentrumspartei Abmachungen getroffen und Zusagen gegeben haben muß, die eigens die Zentrumswähler betrafen. Welcher Art sind sie?“

„Wir fordern Herrn Gräfe auf, sich zu der Sache zu erklären, bezw. unsere geäußerten Besorgnisse zu zerstreuen, wenn er es kann. Im andern Falle (d. h. wenn Herr Gräfe diese unberechtigten Anspinnung unbedacht läßt) bleibt für jeden demüthig-erwartenden Christen nichts anderes übrig, als am 25. Juni sich der Abstimmung zu enthalten oder einen unbeschriebenen Zettel abzugeben. Daran kann selbst die Tatsache nichts ändern, daß so möglicherweise der Sieg des sozialdemokratischen Gegenkandidaten erfolgt.“

Dann schreibt Herr Pastor Gerisch weiter, — und auf diesen Sach machen wir besonders aufmerksam:

„Es hiesse Verrat begehen nicht bloß an der evangelischen Kirche, sondern am deutschen Volk und Vaterland, das mit dem Evangelium steht und fällt. Verrat begehen an den wertvollsten Gütern und Erbschaften der deutschen Nation, wollte man als evangelischer Christ einem Kandidaten die Stimmen geben, der charakterlos dem von jehusitischen Geist durchdrungenen Zentrum, dem allergeringsten Feind des deutschen Reiches, sich dienstbar gemacht hat. Herr Gräfe wäre dann von zwei Uebeln nicht das kleinere, sondern zum mindesten das gleichgroße, von denen es für den Evangelischen beiderweise gilt: bleib ihnen fern!“

Unterschieden ist der Artikel: „Im Namen vieler Mitglieder des Evangelischen Bundes zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen. R. Gerisch, Archid., und P.“

Unsere Leser werden erkennen, daß Herr Pastor Gerisch folgende Forderung stellt:

Herr Gräfe hat uns klipp und klar zu sagen, was er etwa mit den Katholiken des 3. Wahlkreises verhandelt hat. Tut er das nicht bezw. bekräftigen seine Auskünfte nicht, dann dürfen die Evangelischen des 3. Wahlkreises Herrn Gräfe nicht wählen, auf die Gefahr hin, daß dann der Sozialdemokrat durchkommt.

Anders zu handeln wäre Verrat an der evangelischen Kirche, am deutschen Volk, am Vaterland, „das mit dem Evangelium steht und fällt“, an den Erbschaften der

deutschen Nation usw. — Also dieselbe Tonart, wie man sie in Dresden und aus der Wartburg vernommen: „Nieder sozialdemokratisch als ultramontan!“ Da jene evangelischen Pastoren aber doch sicher nicht der Meinung sind, der eine oder andere Wahlsieg eines „Ultramontanen“ oder eines Nichtkulturfämpfers müsse die evangelische Welt „ultramontan“ machen, so wollen sie mit jenem Sprüchlein nichts anderes sagen als: Nieder wählen wir sozialdemokratisch, als daß wir den Katholiken Gleichberechtigung in Deutschland zugestehen. Der Kaiser wie der Kanzler, die Bundesfürsten wie die Regierungen der Einzelstaaten haben durch die diesmaligen Reichstagswahlen genau kennen gelernt, wer bereit ist, mit der Revolution zu paktieren.

Auf des Herrn Gerisch Angriff hat dann Herr Gräfe am Tage vor der Stichwahl in der Hauptsache folgendes geantwortet:

„Offener Brief an Herrn Archidiaconus und Pfarrer R. Gerisch. Obwohl die Form und der Inhalt Ihrer an mich gerichteten Anfrage mich der Pflicht einer Antwort entbindet und heute schon gerichtet ist durch den Sturm der Entrüstung, der sich dagegen erhoben hat, will ich trotzdem zur Klärung des öffentlichen Urteils folgendes feststellen: Sie schlagen jeder Gerechtigkeit und aller christlichen Pflicht direkt ins Gesicht, indem Sie die schlimmsten Anklagen gegen mich erheben und gewissenlos Behauptungen aufstellen, deren Haltlosigkeit Ihnen klar sein mußte, oder durch eine Anklage an mich sofort klar geworden wäre. Nur auf eine nicht-sagende Wendung der „Sächsischen Volkszeitung“ hin ziehen Sie Schlüsse, für die jede Vorbedingung fehlt. Eine einfache Frage an mich hätte Sie zu der Erkenntnis geführt, daß nicht ich an das Zentrum herantreten bin, sondern daß die Vertreter dieser Partei ohne mein Zutun in selbstloser, patriotischer und christlicher Art mir ihre Hilfe in diesem schweren Kampfe zur Rettung der letzten Schanze des sächsischen Vaterlandes entgegengedrückt haben. Wissen Sie nicht, daß das höchste irdische Gut eines Christenmenschen seine Ehre ist? Ich sage Sie an, daß Sie nicht mir allein, sondern allen den hundertern christlichen und deutschen Streikern im heißesten Ringen in der Entscheidungsschlacht gegen den offenen Feind des Vaterlandes und der christlichen Kirche in den Rücken gefallen sind und versucht haben, uns den Schwertarm zu lähmen in dem Moment, als er sich erhebt zum letzten Schlage. Sie wollen die Jesuiten bekämpfen, indem Sie mich zu fällen suchen, der zweimal im Reichstage gegen dieselben getrammt, und helfen dem Sozialdemokraten, die sich offen für die Jesuiten bekennen. Sie wollen die Jesuiten bekämpfen und fallen mich hintertrück an, fordern höhnend Antwort und Aufklärung in verschiedenen Zeitungen des Reiches von mir zu einer Zeit, wo sie genau wissen, daß ich vor der Wahl nicht mehr antworten kann und Sie wollen die Jesuiten bekämpfen? Ich sage Sie an, dem Christentum, der evangelischen Kirche und unserem Vaterland den schwersten Schlag versetzt zu haben, der gegen sie geführt werden konnte. Die politische Einsicht und die christliche Hingabe der Männer des Zentrums, an deren Spitze ein hoher katholischer Geistlicher stand, an die gemeinsame geheiligte Sache des Christentums und des Vaterlandes, erhebt sich himmelhoch über ihren abstoßenden jehusitischen Eifer. Sie wollen die Jesuiten bekämpfen und fordern die Wähler zur größten Wahlheuchelei, zur Abgabe weißer Stimmzettel auf. Morgen sollen die Wähler um die letzte Bestie des christlichen Christentums im Sachsenlande, morgen wird das Urteil gefällt über Sie und über mich. Wenn morgen die Sonne sinkt und wenn auch über unsere Heimat siegreich und unheilvollendend das rote Banner emporsteigen sollte, dann wird Herr Köppler wissen, wohin er zuerst seine Schritte zu lenken hat, um seinen wertvollsten Bundesgenossen die Hand zum Danke zu drücken.“

Darauf hat wieder Herr Pastor Gerisch eine lange „Offene Antwort“ gegeben, die weit davon entfernt ist, Herrn Gräfe in den Sand zu strecken, um so geeigneter aber, Herrn Pastor Gerisch noch einen Grad mehr aus dem Lichte zu rücken. Wir bringen nur einige Sätze. So sagt z. B. Herr Gerisch:

„Daß ich durch den Sturm der Entrüstung, der gegen mein „Eingeländt“ vom 23. d. M. sich erhoben hat, schon gerichtet sein soll, weiß ich nicht. Es fragt sich, ob die Entrüstung eine sittliche Grundlage hat. Entrüstungstrümmel entsteht auch da, wo etwas faul steht, und träge Geister von ihrem Faulbett aufgeschreckt werden, und daß hier manches faul steht, beweist die Welgerung des hiesigen Amtsblattes, des „Sächsischen Erzählers“, diese meine Entgegnung aufzunehmen. Dem Offenen Brief des Herrn Gräfe, der mich mit Schmutz über und über anwirft, haben seine Spalten offen gelassen, meine Verächtung weist es ab — das ist auch Gerechtigkeitsgott.“

Wenn Herr Pastor Gerisch sagt, der „Offene Brief“ des Herrn Gräfe habe ihn, den Herrn Gerisch, mit Schmutz überhäuft, so müssen wir fragen, ob Herr Gerisch wohl derart von sich eingenommen ist, und vom Fanatismus derart geblendet ist, daß er einen energischen, aber seinem politischen Verfahren vollkomme gebührenden Tadel schlankweg als Wessen mit Schmutz ansieht. Ueber die Unfehlbarkeit des Papstes in Glaubensentscheidungen ist Herr Gerisch gewiß hochentzückt, für sich aber verlangt er nicht nur politische, sondern selbst persönliche Unfehlbarkeit. Nur aus diesem Unfehlbarkeitswahne heraus sind die obigen Sätze erklärbar. Nur was Herr Gerisch tut und sagt, ist richtig, was andere meinen, ist „faul“, es sind die Einbildungen „träger Geister“, die von ihrem Faulbett aufgeschreckt werden sollen.“ Und der „Sächs. Erzähler“ übt Ungerechtigkeit! Nein, Herr Pastor, der „Sächs. Erzähler“ ist ein Blatt, das politische Verunft bewiesen hat, als es Sie abmahnte; kein Mensch wird ihm verdenken, daß es sich mit Ihren Vorwürfen nicht kompromittieren wollte.

Des weiteren erklärt Herr Gerisch, es sei „ihm gar nicht eingefallen, Herrn Gräfe zu Falle bringen zu wollen. Den Rücken habe ich Ihnen und Andern stärken wollen gegen katholische Annahmlichkeit.“ Herr Gerisch scheint ganz vergessen zu haben, daß er ganz kurz vor der Stichwahl seinen Angriff gegen Herrn Gräfe veröffentlichte, also Verwirrung in den evangelischen Kreisen schaffen mußte. Eine ganz eigenartige „Rückenstärkung“ ist es aber jedenfalls, Herrn Gräfe das Messer an die Kehle zu setzen und mit der indirekten Hilfe der Sozialisten zu drohen, wenn Herr Gräfe nicht sofort einen Notau vor Herrn Gerisch macht und ihm eine aufrichtige politische Beichte ablegt. Natürlich zieht Herr Gerisch auch über die sächsische Zentrumspolitik her und meint, erst hätten die Zentrumswähler nichts von Herrn Gräfe wissen wollen, dann aber sei ein Kuhhandel zustande gekommen und folglich seien die Zentrumswähler für Herrn Gräfe zu haben gewesen. Darüber entrüstet sich Herr Gerisch sehr und schreibt:

„Und das soll Patriotismus sein, der erst bezahlt zu sein verlangt, ehe er den Finger fürs Vaterland rührt!? Herr Gräfe, wo bleibt Ihre Urteilsfähigkeit!? Das rühmen Sie als Selbstverleugnung“

Nach geschiedener Ehe.

Ein Sittenbild aus dem heutigen Frankreich.
Von Comtesse de Beaurepaire. — Deutsch von Helene Krebs.
(12. Fortsetzung.) (Katholik verboten.)

„Das ist ein herber Trost!“

„Weißt Du denn heute etwas anderes übrig? Wie könnte es auch sonst sein angesichts der Lage, die er sich selbst, die er Dir und seinen Kindern geschaffen? Wenn Du das Gegenteil behaupten wolltest, so würde ich es Dir einfach nicht glauben.“

„Ich weiß . . . ich weiß . . . Aber ich möchte vergessen . . . vergessen, daß er noch existiert.“

„Gewiß, aber leider, und das ist die Fronte des Schicksales, ist dies kaum möglich. Zu viel Bande verknüpfen Euch, zu viel Verhältnisse führen Euch immer wieder zusammen — wenigstens in Gedanken.“

„Das ist nur zu wahr.“

„Es ist unfähig, wie unsere sogenannten Gesetzgeber ein solches Gewirr von Schwierigkeiten, wie die Ehescheidung es mit sich bringt, gut heißen konnten; wie es vernünftige Menschen gibt, die dergleichen annehmen und ausführen. Wenn ich sage, vernünftige Menschen, so ist das eigentlich unrichtig, denn die bösen Leidenschaften verwirren den Verstand und trüben die Sehkräft des Geistes. Dieser Umstand allein erklärt auch in etwas das Betragen Deines Gatten. Aber daß Du die Idee einer solchen Ungeheuerlichkeit nicht mit Abscheu von Dir gewiesen, das werde ich niemals verstehen.“

„Und ich kann es mir nicht vergeben!“

„Nüttest Du es nur auf eine einfache Trennung ankommen lassen! In drei Jahren wäre der Hauch bei ihm zu Ende gewesen!“

„Ich wiederhole es mir jeden Tag, was Du sagst; ich habe ja keine Minute Ruhe mehr. Für mich ist das Glück unwiederbringlich dahin.“

„Mit dreißig Jahren. Welch ein Schicksal!“

„So eben, als mein Töchterchen hier vor mir kniete

und so lieb und sanft mich in ihr reines, frommes Kinderherz blicken ließ, da vermeinte ich für einen Augenblick wieder glücklich zu sein. Aber der Traum war kurz. Jäh und bitter war das Erwachen.“

„Ich kann Dich nicht genug bedauern. Was Vertinet anbetrifft, so wird unser Herrgott ihn zu strafen wissen. Ich wünsche es von Herzen, das magst Du glauben.“

„Aber Du segest mich in Erlaunen, denn wie kannst Du als gute Christin einen solchen Wunsch hegen?“

„Alle rechtschaffenen Leute denken wie ich. Und so wird es auch kommen. Regina, die herzlose Kreatur, wird ihn quälen, wie er Dich gequält hat. Die Untreue, deren er sich Dir gegenüber schuldig gemacht hat, wird ihm teuer zu stehen kommen. Du wirst gerächt werden, Yolande!“

„Das ist es, was ich über alles fürchte! Sein Unglück wird meinen Kummer nicht heilen; im Gegenteil . . .“

Yolande ließ ihren Tränen freien Lauf, die sie vor den Kindern mit so viel Heldenmut verbar.

Wenngleich Frau Marande das, was sie der Freundin strafbare Nachsichtigkeit nannte, zu tadeln schien, so nahm sie doch den aufschichtigsten und herzlichsten Anteil an ihrem Schmerz, und ihr Mitgefühl tat der Vereinfachten und Schweregeprüften wohl. Sie schied endlich mit dem Versprechen, den ganzen folgenden Tag mit Yolande und ihren Kindern zuzubringen. Frau Vertinet hatte keine näheren Verwandten mehr, deshalb wollte Martha ihr an diesem festlichen Tage als Freundin zur Seite stehen, sie wollte ihr Glück und ihre Trauer teilen.

Spät suchte Yolande ihr Lager auf, jedoch der Schlaf floh ihre Lider, die Sorgen ließen sie keine Ruhe finden. Endlich rötete sich der Morgenhimmel, und eine strahlende Sonne stieg am Horizonte auf.

Yolande kniete zum Gebete nieder und begab sich dann an ihre Toilette, auf welche sie nach langer Zeit wieder einige Sorgfalt verwendete. Für diese feierlichen Stunden ließ sie die Trauergewänder, die sie seit der Trennung vom Gatten getragen, bei Seite, und schmückte sich für den Ehrentag des Kindes. Als sie fertig war, begab sie sich

zu Hermine, die gerade aufwachte. Sie ließ es sich nicht nehmen, dieser beim Ankleiden behilflich zu sein. Mit Rührung betrachtete sie dann das in jungfräuliches Weiß gehüllte junge Mädchen.

Zu gut christlichen Häusern, wo die Religion nicht nur im Aeußeren, sondern auch im Herzen befolgt wird, legt man besonderes Gewicht auf die Wahl der Dienboten, die man dann gleichsam mit zur Familie rechnet; diese nehmen teil an den Freuden und Leiden der Herrschaft. So war es bei Frau Vertinet, welche seit ihrer Heirat stets dasselbe Personal beibehalten. Alle hatten das Betragen ihres ehemaligen Gebieters scharf verurteilt. Heute nun wollten auch alle ihrem Jubel Ausdruck geben. Mit Ausnahme des Kutschers, der steif und feierlich auf seinem Posten saß und niemandem die Ehre abgetreten hätte, die Königin des Tages zur Kirche zu fahren, standen sie im Hausflur, um Hermine im Vorbeigehen zu bewundern und ihr ihre Wünsche darzubringen.

Das glückliche Mädchen hörte kaum darauf. Sie dankte grüßend, zog den Schleier, der sie wie Engelsflügel umwallte, fester und stieg in den Wagen. Neben ihr nahm die Mutter Platz, und auf den Rücksitz setzten sich ernst und andächtig Marguerite und der kleine Johann.

Frau Marande erwartete sie schon in der Kirche. Die beiden Freundinnen tauschten einen verständnisvollen Gruß aus und vertieften sich in ihr Gebet. Der Geistliche hielt eine zu Herzen gehende Ansprache an die Kinder, dann bewegten sich die Erstkommunikanten in langen Reihen zum Tische des Herrn. Hermine kam an ihrer Mutter vorbei. Diese schaute auf, des Kindes Blige waren wie verklärt, auf dem Gesichtchen lag es wie ein Abglanz überirdischer Bönne und Seligkeit. Als habe sie aus kalter Erdemacht plötzlich einen Blick ins Paradies getan, so leuchteten des Mädchens Augen.

(Fortsetzung folgt.)

1935 I D 177

und als Hingabe an das Vaterland? — Politischer Kuhhandel ist es, kleinlicher, elender Krämerei, dem unter Umständen auch das Vaterland ganz gut feil ist, wenn der Preis sich lohnt, aber nicht hohe Liebe und aufrichtiger Sinn fürs Vaterland! Wie? wenn meines Nächsten Haus brennt und ich stelle mich hin mit verkränkten Armen und sage ganz gelassen und kalt: „Ich habe gar keinen Grund, mich zu rühren! Wie mir erst, was ich recht gern hätte von deinem Vermögen und was du mir sonst nicht gäbest, dann will ich helfen!“ — Das soll Liebe, das soll Aufopferung sein? Von anderen Tadeln aus der Geschichte des Zentrums, die bereits nahe an Vaterlandsverrat streifen, will ich hier gar nicht reden.“

Der letzte Satz ist einfach Geschwäg; Herrn Gräfe die „Urteilsfähigkeit“ abzuspochen, ist Herrn Gerisch vorbehalten geblieben. Und nun der Patriotismus des Zentrums! Daß dieser in den Augen des Herrn Pastors nicht existiert oder doch nur in der häßlichen Form eines auf Kuhhandel aufgebauten Scheinwesens, konnten wir vorher schon wissen, hat uns aber nicht gekränkt. Ob ein Herr Pastor mehr am Zentrum sich ärgert, ist ganz gleichgültig. Aber auf eins müssen wir Herrn Pastor Gerisch aufmerksam machen: In der obigen Auslassung läßt er die Zentrumsentcheidung im 3. Wahlkreis lediglich vom Kuhhandel (der freilich absolut nicht existiert, doch darum kümmert sich Herr Gerisch nicht) abhängig sein. Ohne Kuhhandel scheint sich Herr Gerisch keine Politik, keinen Patriotismus denken zu können, natürlich — bei anderen Leuten. Aber ein altes Sprichwort sagt: Man sucht niemanden hinter der Gede, hinter der man nicht selbst gesteckt hätte. Suchen wir also einmal hinter Herrn Pastor Gerisch seiner Gede! Sieh da, da steht er, mitten im schönsten Kuhhandel drin! Dem; ein Kuhhandel, und zwar der allerunschönsten Art war es, als Herr Gerisch Herrn Gräfe das Ultimatum stellte: Sofortige und zufriedenstellende Auskunft über etwaige Abmachungen mit dem Zentrum, oder — die Evangelischen des 3. Wahlkreises haben sich der Wahl zu enthalten, also dem Sozialdemokraten indirekt durchgehelfen! Aber Herr Pastor Gerisch! „Und das soll Patriotismus sein? Keine erst Ihre rechtshaberisches Verlangen befriedigt werden, ehe Sie den Finger fürs Vaterland röhren?“ „Das können Sie als Selbstverleugung und als Hingabe an das Vaterland?“ „Politischer Kuhhandel ist es, kleinlicher, elender Krämerei, dem unter Umständen auch das Vaterland feil ist.“ Herr Pastor Gerisch, solchen Kuhhandel wollten Sie treiben, und zwar aus konfessionellem Fanatismus, aus Rechtshaberei. Weiter sozialdemokratisch, als den Katholiken gerecht werden! Ein gefährlicher Kuhhandel, Herr Pastor! Der Kaiser hat einmal gesagt, die Pastoren sollten von der Politik wegbleiben, „allbiemeil sie nichts davon verstehen“. Herr Pastor, Sie können Gott danken, daß Ihre Katholische keinen Boden gefunden haben, sonst wäre die Wahl im 3. Wahlkreis auch sozialdemokratisch geworden durch Ihre Schuld.

Herr Gräfe hat auf die beregte „Öffene Antwort“ des Herrn Gerisch noch ein „letztes Wort“ veröffentlicht, das die mehr persönlichen und auch sachliche Angriffe des Herrn Gerisch bestimmt zurückweist.

Es wird weiter gehetzt.

Man hätte erwarten dürfen, daß die Macher der konfessionellen Hege der jüngsten Zeit infolge des Wahlausfalls am 16. Juni etwas zur Besinnung gekommen wären. Indes zeigen diese Leute, daß sie unbelehrbar sind, trotz des fürchterlichen Scheiterns der Noensbrock und Neber bei der Reichstagswahl. Denn die „Wartburg“ heht ununter weiter.

Die Schuld an dem Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen wird in der letzten Nummer Nr. 25 vom 19. Juni 1903 des Hebergangs zugeschrieben, „der Erbitterung über die Wilowische Politik, die in den breiten Massen des deutschen Volkes herrscht“. Diese angebliche Erbitterung gegen Wilow ist das Werk der Hege des Evangelischen Bundes, welche glauben gegen den Kanzler wegen seiner Erklärung in Sachen der Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes Sturm laufen zu müssen und zu diesem Zweck den Heerhaufen der wütendsten Schimpfer und Hege aufgebildet haben.

Wer aber hat den Profit gemacht von dieser konfessionellen Verhetzung? Antwort: die Sozialdemokratie. Herr Neber Jökolan kam sich ja in allerhöchster Nähe davon überzeugend, und sein Freund und Bundesgenosse im Kampf wider Rom, den er mit Hilfe des entseffelten furor protestantischer auf einen Reichstagsstapel heben wollte, ist ja trotz aller Hege jämmerlich durchgefallen.

Anstatt nun einzusehen, daß der Gewinn an diesem blöden konfessionellen Kesseltreiben die Sozialdemokratie ist, wird das alte Treiben fortgesetzt. In derselben Nummer schreibt die „Wartburg“:

„Bei den Stichwahlen gilt es jetzt zu retten, was zu retten ist; der größte Feind ist der Ultramontanismus, der im Gegensatz zur Sozialdemokratie im höchsten Maße kulturfeindlich ist. Auf nationalen Gebiete gewährt er ja dem Staate ab und zu Hilfe (weshalb ein Verständnis entsteht da dem Hege der Zögne der „Wartburg“), aber nur, wenn ihm dieser Jugendsinnisse auf kulturellem Gebiete macht. Er wirkt somit noch ungleich zersetzender auf die innere Entwicklung der Nation, als die Sozialdemokratie und muß daher in erster Linie bekämpft werden.“

Es würde den Eindruck dieser Äußerungen abschwächen, wenn wir dazu auch nur ein Wort bemerken könnten; so möge es genügen, die Sache etwas niedriger zu hängen.

Wenn der „Evangelische“ Bund jetzt seine Blamage zudeken will mit einer Erklärung, daß er grundsätzlich keine Politik treibe, so ist das doch eine starke Spekulation auf das kurze Gedächtnis der Leser. Wer waren denn die Macher der „antikultramontanen Wahlvereinigung“, die im März mit ihrem famoson Aufsatze auftrat? Vielleicht nicht die Vorkammler des Bundes? Die Beteuerungen ihrer Unschuld erregen nur „sittliche Heiterkeit“. Wäre der Ausfall der Reichstagswahl ein anderer geworden und wären die bündlerischen Kulturkämpfer in den Reichstag gekürt, wozu ein Hall-Hallo auf der ganzen Linie!

Jetzt aber ist das Ergebnis ein gänzlich anderes geworden. Wenn die Wahlen uns etwas gelehrt haben, so das, daß unser Volk im Innern zur Ruhe kommen muß, daß die fortwährenden konfessionellen Querereien, wie sie

von der „Wartburg“ und ihren Hintermännern als Lebensberuf ausgeübt werden, nur die Reihen der Sozialdemokratie und des Unfortuges fällen.

Das aber bedeutet für das Treiben dieser professionellen Hege ein vernichtendes Urteil.

Bann werden die Herren sich einmal der Verantwortung bewußt, welche sie mit ihrem gewissenlosen Treiben auf sich laden!

Politische Rundschau.

Deutschland.

— Das amerikanische Geschwader ist in Kiel mit großen Ehren aufgenommen worden. An Bord des „Kearfarge“ weilte der Kaiser lange Zeit, besichtigte das Schiff bis ins kleinste und war — so rühmen die amerikanischen Offiziere — äußerst lebenswüdig gegen die. Bei einem Festmahl fielen bedeutungsvolle Worte. So äußerte der amerikanische Gesandte Tower in seinem Trinkspruch u. a.:

„Ein gegenseitiges Verständnis zwischen zwei Völkern, wie zwischen zwei Individuen, wird am besten erreicht durch persönlichen Verkehr, welcher zur besseren Bekanntschaft führt; und es ist das glückliche Resultat einer Gelegenheit, wie der jetzigen, daß Friede die Bande der Freundschaft neu befestigt. Je enger unsere persönlichen Bekanntschaft sich gestaltet, desto sicherer entdecken wir, wie viel wir jeder durch Aufrechterhaltung der Eintracht in Zukunft wie in der Gegenwart und in der Vergangenheit gewinnen können. Amerika wünscht es mit voller Aufrichtigkeit.“

Und der Kaiser antwortete: „Mein aufrichtiger Wunsch geht dahin, daß unsere Völker sich einander besser kennen lernen. Mein erfindender Bürger in Amerika und Deutschland ist, wie ich weiß, der Meinung, daß die Harmonie und der Fortbestand unserer gemeinsamen Interessen gefördert werden könnte durch Tatsachen, welche unsere Beziehungen dauernd beeinflussen. Es ist meine feste Überzeugung, daß die Hunderttausende von Deutschen, die in den Vereinigten Staaten leben und die sich dabei in ihren Herzen die warme Liebe für ihr altes Vaterland bewahrt haben, den Weg ebnen für eine ungehinderte Entwicklung unserer Beziehungen, die für unsere Länder von so hoher Bedeutung sind.“

Der Kaiser telegraphierte später an Präsident Roosevelt, daß er sich über den Besuch der amerikanischen Schiffe außerordentlich freue, worauf Roosevelt antwortete, er habe ausführliche Nachrichten über die Auszeichnung, mit der die amerikanischen Schiffe empfangen worden seien. Solche Zeichen der Freundschaft und des Wohlwollens des Kaisers für die Vereinigten Staaten hätten tiefen Eindruck gemacht.

— Woher kommt der Heeres-Ertrag? Oberst a. D. Gaedke hebt in „Verl. Tagebl.“ hervor, daß im Jahre 1900 in das Heer eingestellt wurden geborene Ostpreußen 12 418 Mann, geborene Westpreußen 9130 Mann, geborene Pommern 8124 Mann, geborene Pojener 11 272 Mann, geborene Westfälische 3981 Mann, geborene Oldenburger 1868 Mann. Dagegen wurde eingestellt: geborene Berlin-Brandenburger 17 584 Mann, aus der Provinz Sachsen Gebürtige 14 922 Mann, aus dem Rheinland Gebürtige 26 589 Mann. Den Provinzen Rheinland und Westfalen entstammten allein mehr Rekruten als dem ganzen Königreich Bayern (41 500 gegen 30 700). Das Königreich Sachsen lieferte 15 796 Rekruten, das heißt um 25 Proz. mehr als die weit über doppelt so große Provinz Ostpreußen. Ausdrücklich betont Oberst Gaedke, daß es sich bei dem Vergleich um den Ort der Herkunft der Rekruten handelt, nicht um ihren Aushebungsort. Auf eine einfache Formel gebracht, hatte der Heeres-Ertrag im Jahre 1900 folgende Abstammung: Im Jahre 1900 lieferten folgende industriereichen Bezirke je einen Rekruten: das Königreich Sachsen und Rheinland von je 1 qkm, Westfalen von je 1,35 qkm, die Prov. Sachsen von je 1,66 qkm, Berlin-Brandenburg von je 2,02 qkm; folgende vorwiegend agrarischen Bezirke je einen Rekruten: Posen von je 2,56 qkm, Ostpreußen von je 2,78 qkm, Westpreußen von je 2,79 qkm, Oldenburg von je 3,44 qkm, Mecklenburg von je 3,80 qkm. Zum Schluß hebt Oberst Gaedke noch hervor, daß die Gesamtzahl der Tauglichen, das heißt der in das Heer eingestellten Mannschaften in Deutschland im Verhältnis zu seiner Bevölkerung sich von rund 40 Proz. im Jahre 1876 auf 53,3 Proz. im Jahre 1901 gehoben hat. Rechnet man die auch im letzteren Jahre noch überzählig Gebliebenen hinzu, so steigt der Prozentfuß sogar auf 56,3 Proz.

Die Handelsvertrags-Angelegenheit, schreibt die „Neue Politische Korrespondenz“, steht zur Zeit so, daß die Vorbereitungen mit der Schweiz und mit Rußland begonnen haben. Alle weiteren Nachrichten sind unzureichend. Mit Oesterreich-Ungarn könne nicht verhandelt werden, so lange es selbst seinen Tarif nicht fertig habe.

Die preussischen Landtagswahlen sollen erst Mitte November angezettelt werden, jedoch mit Rücksicht auf die Doppelmandata vor der Einberufung des Reichstages. Von den neu gewählten Reichstagsabgeordneten hatten bisher 84 auch ein Mandat für den preussischen Landtag.

Die letzten beiden Stichwahlen, die am Sonnabend vorgenommen wurden, brachten im Fürstentum Lippe-Deimold den Sieg des freisinnigen Volksparteiler Meier und in Homburg des Bauernbündler Stauffer.

Zwei Nachwahlen werden noch stattfinden. In Konitz-Tuchel und in Wirfz-Schubin ist der Pole v. Garsinski, in Hall-Dehringen und in Crailsheim das Mitglied des Bundes der Landwirte Vogt gewählt worden.

Eine sehr beachtenswerte Wahl war die Stichwahl im elsässischen Wahlkreis Hagenu-Weißenburg. Hier hatte am 16. Juni der bisherige Abgeordnete Prinz Alexander zu Hohenlohe einen Vorprung von beinahe 400 Stimmen vor dem Kandidaten der elsässischen Landespartei (der „Merikalen“, wie die Gegner sich ausdrücken belieben), Roter Wittberger aus Lauterburg. Außerdem hatte er in der Stichwahl noch die eifrige Unterstützung der 1700 Sozialdemokraten. Man mußte also

annehmen, daß Hohenlohe, der „rote Prinz“, wie er sich gern nennen hörte, in der Stichwahl mit mindestens 2000 Stimmen Mehrheit siegen würde. Doch es kam anders. Das Eintreten der Sozialdemokraten für den Prinzen, dazu die Erfahrung, daß im ersten Wahlgange die Protestanten und Juden geschlossen für den Prinzen gestimmt hatten, rüttelte die sämigen Katholiken auf, und so kam es, daß diese mit weit stärkerer Wahlbeteiligung als im ersten Wahlgange in der Stichwahl ganz aus eigener Kraft den Prinzen Hohenlohe mit 440 Stimmen Mehrheit schlugen und ihren Kandidaten Wittberger zum Siege führten. — Aus anderem Grunde bemerkenswert war die Wahl im württembergischen Wahlkreis Freudenstadt-Sorb. Die Katholiken bildeten dort die Mehrheit, sind aber stark genug, um ihren Kandidaten in die Stichwahl zu bringen. Nun wären sie aber, wie die Verhältnisse lagen, sicher mit dem Nationalliberalen Jungmann, einem wütenden Kulturkämpfer, in die Stichwahl gekommen, und dann wäre Jungmann mit Hilfe der Demokraten gewählt worden. Um dies zu verhindern, strebte das Zentrum danach, nicht in die Stichwahl zu kommen und statt seiner lieber den demokratischen Bewerber mit dem Nationalliberalen in die Stichwahl zu bringen, aus welcher dann mit Hilfe der Katholiken der Demokrat als Sieger hervorgehen mußte. Und so kam es. Um aber dieses Ergebnis zu erzielen und zugleich doch seine eigenen Wahltruppen zu exerzieren, gebrauchte das Zentrum ein originelles Mittel: es stellte zwei Kandidaten auf, sodas die Zentrumsstimmen gesplitterten. Trotzdem wäre das Mittel beinahe fehlgeschlagen; der eine der Zentrumskandidaten erhielt nämlich doch soviel Stimmen, daß ihm an der Stimmenzahl des Demokraten nicht viel mehr fehlte.

— Das Zentrum soll nach den Angaben der „Dresd. R. N.“ und anderer Wätern infolge ungünstiger Stichwahlen im ganzen 6 Mandate verloren haben. Diese Wätern machen sich die Rechnung leicht: bei der bisherigen Fraktionsstärke des Zentrums rechnen sie keine Hospitanten aus Hannover mit, bei der neuen Fraktionsstärke aber lassen sie dieselben unberücksichtigt! Zu Wirklichkeit hat das Zentrum, wenn man die Hospitanten nicht mitrechnet, dagegen aber den Grafen Vallerstrom, der als Reichstagspräsident allem Brauche gemäß formell aus seinem Fraktionsverbande ausgeschied, dem Zentrum beizählt, bei den letzten Wahlen genau 100 Mandate erhalten gegen 103 im alten Reichstage. Es hat Reichenbach-Neurode und Graustadt-Lissa (einen Zusatzsieg des Jahres 1898) im ersten Wahlgange, Matowitz, Limburg, Mainz und Straubing bei der Stichwahl verloren, also insgesamt 6 Mandate; dagegen aber Wasserburg und Ottweiler im ersten, Hildesheim im zweiten Wahlgange neu erobert; es bleibt somit im ganzen ein Verlust von 3 Mandaten, der bei der großen Stärke des Zentrums ohne Bedeutung ist. Die Hauptsache ist, daß das Zentrum 345000 Stimmen gewonnen und seine ausschlaggebende Stellung nach jeder Richtung hin behauptet hat.

Der Liberalismus nach den Wahlen. Man konnte in diesen Tagen vielfach in nationalliberalen Wätern recht selbstzufriedene Wahlbetrachtungen lesen. Die Nationalliberalen, so wurde ausgerechnet, hätten bei den Wahlen 2—300000 Stimmen gewonnen, wobei allerdings die für sogenannte „wildliberale“ Bewerber abgegebenen Stimmen mitgerechnet wurden, obwohl sie doch gewiß nicht alle von Nationalliberalen, sondern auch von Freisinnigen abgegeben wurden. Besonders stolz war man aber auf das Ergebnis der Stichwahlen, welche die nationalliberale Reichstagsfraktion, die sich nach dem ersten Wahlgange erst aus fünf Köpfen zusammensetzte, plötzlich wieder zur alten Stärke von etwas über 50 hinaufschleppen ließen — dank der Unterstützung von rechts und links, ja sogar vielfach von dem gehetzten Zentrum! „Noch ist Polen nicht verloren“, soll heißen; noch lebt der Liberalismus und wird wieder hochkommen — auf diesen Ton war manche Wahlbetrachtung auf jener Seite daraufhin gestimmt. Gewiß, der Liberalismus lebt noch; er leidet eben nicht an einer akuten Krankheit, die ihn von heute auf morgen zum Tode befördern kann, sondern an einer schleichenden Auszehrung, gegen die es aber auch umsoweniger ein Heilmittel gibt. Der Liberalismus hat bei den letzten Wahlen, wo er eine Zunahme zu verzeichnen hatte, diese nur einerseits dem natürlichen Wachstum der Bevölkerung, andererseits der allgemein erheblichen stärkeren Wahlbeteiligung als vor 5 Jahren gutzuschreiben. Uebrigens beträgt die Zunahme bei der freisinnigen Vereinigung nur 25000 Stimmen, wobei sie aber auch die ihr „nahelstehenden“ Wilden mitzählt. Diese sind also womöglich gar doppelt gezählt, da auch die Nationalliberalen sie als „nahelstehende“ betrachtet können. Die freisinnige Volkspartei hat dagegen — nach Angaben in Wätern der freisinnigen Vereinigung — 14000 Stimmen verloren, sie sank von 555000 auf 541000, und die süddeutsche Volkspartei büßte von ihren 111000 Stimmen gar 19000 ein. Was aber die Hauptsache ist: die nationalliberalen Stimmen dürfen keineswegs alleamt dem herkömmlichen Liberalismus zugeschrieben werden; es ist ja bekannt, daß die agrarische Strömung tief in die Reihen der nationalliberalen Wählerchaft eingebunden ist. Schon im letzten Reichstage bestand die Mehrheit der nationalliberalen Fraktion aus „Reaktionären“, um im Sprachgebrauch der Radikalen zu reden, d. h. aus Männern, welche den „Agrariern“ der Rechten nicht viel nachgeben. Daß die nationalliberale Partei in Sachen der Volkrechte nichts weniger als zuverlässig, also auch nicht im wahren Sinne liberal ist, das steht seit dem Septennats-Reichstage, der Verlängerung der Legislaturperiode von 3 auf 5 Jahre und namentlich auch seit dem Wahlrechtsraub in Sachsen bombenfest.

Der diesjährige Volkswirtschaftliche Kursus in R.-Gladbach beginnt am 1. August d. J. und dauert voraussichtlich 2 1/2 Monate. Der Unterricht ist unentgeltlich. Die Teilnehmer müssen jedoch selbst für Unterhalt am Ort (monatlich 60—70 Mk.) aufkommen und etwaigen Ausfall an Arbeitsverdienst selbst tragen. Den kathol. Arbeitervereinen, welche Mitglieder zu dem Kursus entsenden wollen, kann aus dem von den meisten Diözesanverbänden der kathol. Arbeitervereine ins Leben gerufenen Leo-Jubiläumsfonds ein Zuschuß gewährt werden. Ueber die Notwendigkeit der gründlichen Ausbildung christlicher Arbeiter, damit

dieselbe
vereinen
sein kön
Zühren
im Sch
gestellt
sandten
gestellt
bewegun
errichtet
Anderse
von un
gedult
örtliche
kathol
in der
ausbild
schleße
den die
Augen
Erfolge
die Ver
dißgele

D
gebildet
präbiden
nennen
Dr. v.
Portefe
Genera
Professe
a later
Kneue
Winfte

T
nachdem
göbligen
wurk
ist
ist, au

die Pr
mit der
promen
von da
erfolgte
vormitt
von Res
schleße
entgegen
minister
Nachmit
Königl.
Georg
Königin
nach der
der Kon
Friedrich
am Gra
höchsten
Majestä
Regieru
niederle

von B
gestorbe

R.“ me
rührt be
der Köf
auch da
angeleg
genügt
fachen C
Nachsch
zeugt, d
sobald
Dresden
wahr in
positiv

der V
Gefänge
Noch n
bestraft
mühant
fürung
gefproch

General
Eingabe
nigten
Die bei
sch 10
Im for
negfalle
wegen
ihrer sel
zeiten.
Eingabe
teile au
würden.
Vertreter
von We
Linien
würden.
Der
Judisch
Steiger
der 17.

dieselben in der Arbeiterbewegung, in den kathol. Arbeitervereinen und christlichen Gewerkschaften erfolgreich tätig sein können, braucht wohl nichts weiter gesagt zu werden. Führende Kräfte für unsere Bewegung so nötig wie Brot im Sack. Dabei muß nicht immer in den Vordergrund gestellt werden, daß die zur Ausbildung zum Kursus entsandten Arbeiter nun unter allen Umständen sofort freigestellt werden. Wo ein Beamter in der Gewerkschaftsbewegung notwendig ist, oder ein kathol. Arbeitersekretariat errichtet werden soll, regelt sich diese Frage von selbst. Andererseits ist es jedoch für die christliche Arbeiterbewegung von unberechenbarem Vorteil, wenn an den einzelnen Orten geschulte, ausgebildete Arbeiter vorhanden sind, welche die örtliche Führung übernehmen. Wo deshalb irgend ein kathol. Arbeiterverein die Mittel hat oder solche aufzubringen in der Lage ist, soll man nicht säumen, tüchtige junge Kräfte auszubilden zu lassen. An den volkswirtschaftlichen Kursus schließt sich unmittelbar an ein apologetischer Kursus, für den die beiden letzten Wochen reserviert sind. Mit welchem Nutzen diese Kurse besucht werden, zeigen die bisherigen Erfolge. Anmeldungen sind möglichst bald zu richten an die Verbandsleitung der kathol. Arbeitervereine der Erzdiözese Köln, Diözesanpräses Dr. A. Pieper in M.-Glabbech.

Oesterreich-Ungarn.

Die Krise in Ungarn. Das neue Ministerium ist gebildet. Der Kaiser hat die Vorschläge des Ministerpräsidenten Grafen Khuen-Hedervary vollinhaltlich angenommen. Die Minister Dr. v. Lufacs, Dr. v. Daranyi, Dr. v. Blaffics, Dr. Lang und Dr. Floss behalten ihre Portefeuilles. Zum Landesverteidigungsminister wird Generalmajor Klotzschütz und zum Minister für Kroatien Professor Nikolans v. Tomassics ernannt. Das Ministerium a latere wird provisorisch vom Ministerpräsidenten Grafen Khuen-Hedervary beibehalten, der auch die Leitung des Ministeriums des Innern übernimmt.

Frankreich.

Die Wahlpflicht statt des Wahlrechts fordert ein nachahmenswerter Gesetzesentwurf, der am Montag der französischen Deputiertenkammer unterbreitet wurde. Der Entwurf schließt jeden Wähler, der sein Wahlrecht nicht ausübt, auf die Dauer von zwei Jahren von den Wahlen aus.

Aus Stadt und Land.

Dresden, 30. Juni 1903.

* Seine Majestät der König und Ihre Königl. Hoheit die Prinzessin Mathilde unternahmen gestern nachmittag mit den Damen und Herren der Umgebungen eine Wagenpromenade über Lohmen nach dem Urtwalder Grunde und von da eine Fußpromenade nach Wehlen. Von Wehlen erfolgte die Rückkehr per Gondel nach Pillnitz. — Heute vormittag traf Seine Majestät der König zur Erledigung von Regierungsgeschäften von Pillnitz im Königl. Residenschloße ein, nahm von 11 Uhr ab militärische Meldungen entgegen und hörte später die Vorträge der Herren Staatsminister und der Departementschefs der Königl. Hofstaaten. Nachmittags wohnten Seine Majestät der König und Ihre Königl. Hoheiten der Kronprinz und der Prinz Johann Georg, sowie im Allerhöchsten Auftrage Ihrer Majestät der Königin-Witwe der Königl. Kammerherr von Neßky-Reichenbach der Beisprechung des am 27. d. M. verstorbenen Generals der Kavallerie z. D. Scufft von Pilsach, Erzellenz, auf dem Friedhofe zu Wehlen bei. Seine Majestät der König legte am Grabe des Heimgegangenen einen Kranz mit den Allerhöchsten Initialen nieder. Desgleichen ließ auch Ihre Majestät die Königin-Witwe durch den Kammerherrn von Neßky-Reichenbach einen Kranz am Grabe des Verstorbenen niederlegen.

* General der Kavallerie z. D. Dugo Scufft von Pilsach ist auf seinem Gute Goemsdorf bei Dresden gestorben.

* Ministerkrisis in Sachsen? Die Leipziger N. N. melden, in Dresdener politischen Kreisen sei das Gerücht verbreitet, daß der Staatsminister v. Neßky sich mit der Absicht trage, sein Amt niederzulegen, und daß er auch dahingehende Wünsche bereits an maßgebender Stelle ausgesprochen habe. Indessen soll der König durchaus nicht geneigt sein, das Portefeuille zurückzunehmen, aus dem einfachen Grunde, weil die Schwierigkeiten, gegenwärtig einen Nachfolger zu finden, zu groß seien. Man ist jedoch überzeugt, daß der Rücktritt des Staatsministers erfolgen wird, sobald die bevorstehende Landtagsession erledigt ist. — Die Dresdener Mäpfer geben zu, daß ein derartiges Gerücht wohl in Dresden umgelaufen sei, tatsächlich aber keine positive Unterlage habe.

* Wegen der bekannten Arbeiterunruhen auf der Louisestraße erhielt Maurer Häuhler 3 Monate Gefängnis, wovon 4 Wochen als verbüßt anzusehen sind. Noack und Kirsten wurden jeder mit 1 Woche Gefängnis bestraft. Häuhler war angeklagt, den Baumeister Berner mißhandelt zu haben. Noack und Kirsten hatten sich Aufstufungen zu schulden kommen lassen. Zenzich wurde freigesprochen.

* Die Dresdener Handelskammer richtete an die Generaldirektion der Sächsischen Staatsbahnen eine Eingabe gegen den geplanten Wegfall der beschleunigten Personenzüge zwischen Dresden und Leipzig. Die beiden Züge verkehren nur noch Sonntags ab Leipzig früh 10 Uhr 15 Min., ab Dresden abends 10 Uhr. Im kommenden Winterfahrplane sollen sie jedoch gänzlich wegfallen. Dabei wären gerade diese Züge sehr beliebt wegen ihrer kurzen Fahrzeit (zu Personenzugspreisen), ihrer sehr guten Anschlüsse und bequem gelegenen Abfahrzeiten. Die Handelskammer Dresden betonte in ihrer Eingabe, daß nicht nur für das reisende Publikum Nachteile aus dem Wegfalle so wichtiger Züge erwachsen würden, sondern daß auch durch die Verminderung des Verkehrs und Ablenkung des Durchgangsverkehrs von Westdeutschland nach Schlesien z. B. auf preussische Linien die Einnahmen der Eisenbahn sehr geschmälert würden.

* Leutenich. Dem „Reisner Tagebl.“ zufolge sind die Zuchtstrafe, die der bekannte Verlinozüchter Oekonomierat Steiger auf Leutenich in voriger Woche in Hannover auf der 17. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschafts-

gesellschaft zur Schau gestellt hatte, mit drei ersten Preisen bedacht worden.

Leipzig. Zwei der wenigen Richter des Reichsgerichts, welche seit seiner Errichtung (1. Oktober 1879) noch an ihm tätig sind, feiern im Oktober d. J. ihr 50jähriges Dienstjubiläum. Es sind dies Senatspräsident Dr. Volze und Reichsgerichtsrat Schlesinger.

Werdau. Der früher hier tätige Handelslehrer Oskar Richter hat sich in Nürnberg erschossen. Vermögenszerklärung wird als Ursache angegeben.

Zittau. Ein 20jähriger Handlungsgehilfe, der hier in Stellung war und aus dem Geldschrank seines Chefs Wertpapiere im Betrage von 9000 M. gestohlen hatte, ist in Haft genommen worden. Der junge Mensch hatte, wie das Amtsblatt meldet, die Papiere zum Teil zu Geld gemacht und den Erlös, sowie den Rest der Papiere im Walde bei Lückendorf vergraben. Dort wurde das gestohlene Gut aufgefunden.

Bamberg, 29. Juni 1903. Der „Katholische Gesellenverein“ hat es sich nicht nehmen lassen, den verdienten trefflichen Liebermeister seines Sängerkorps, Herrn Domkschullehrer Paul Schwoppe, am Vorabend seines Namensfestes in sinniger Weise zu ehren. Er wurde zum Ehrenbürger ernannt für seine 6jährige rastlose und hochstrebende Wirksamkeit und ihm ein schöner Taktstock überreicht. Den ihm gesungenen Dank-, Lobes- und Scheidegruß war ein eigens verfaßter Text unterlegt worden. Außerdem hob Herr Präses Schenkshild, Domprediger, in anerkennender Ansprache noch einmal des Geschiedenen reiche Verdienste hervor. Zum Schluß erscholl eindringend und stark noch das: „Großer Gott“ von Oberhoffer durch das friedlich-freudige Heim.

Volkverein für das kath. Deutschland.

§. b. Seitendorf. Endlich findet der „Arme Teufel“ Raum, um sich mit der am 13. Juni hier abgehaltenen „Volkvereinsversammlung“ zu beschäftigen. Ueberschrieben ist der 79 Druckzeilen lange Artikel: „Herr Pfarrer Lange und der schlichte Arbeiter aus der Werkstatt in der Wahl-agitation.“ Sehr breit wird die Art und Weise der Einberufung der Versammlung kritisiert. Um „unberufene Ohren“ abzuhalten, seien nur in der Nähe der Kirche Anschläge zu sehen gewesen. Daß auch solche im Dorfe und im Kreis herum angebracht waren, weiß dieser wahrheitsliebende Mann nicht. Hätte wirklich die Absicht bestanden, unberufene Ohren fernzuhalten, so wäre der ortsbekannte Korrespondent einfach nicht zugelassen worden. So ist dieser Vorwurf von ihm selbst widerlegt. Weiter wird das Bestreben, einmal selbständig zu werden, ins Lächerliche gezogen. Doch dieses Bestreben ist eines Arbeiters viel würdiger, als die praktische Durchführung des sozialistischen Prinzips, durch welches Wein und Dein verwechselt wird. Um den Kern der Versammlung drückt sich der Herr Kritiker glatt vorbei. Sein einziges Zitat wird widerlegt. Auch die „bekannte Statistik“, gegen was die Sozialdemokratie alles gestimmt hat, wird wohlweislich nicht näher besprochen oder auch nur in einem Punkte zu widerlegen versucht. Ja, ja, so etwas eignet sich nicht, vor der breiten Masse der „gut gläubigen“ Leser zu besprechen. Zum Schluß meint der geschätzte Kritiker, seien alle (dies ist fett gedruckt) Arbeiter Seitendorfs mit dem Ausfall der Wahl zufrieden. Dies ist eine echte sozialistische Annahme. Denn die große Mehrzahl der katholischen Arbeiter hat gegen den „roten Eimund“ gestimmt. Bei den 73 „Getreuen“ ist ein großer Prozentsatz der hiesigen protestantischen Arbeiter enthalten. Daß Herr Pfarrer Lange nicht allzu glimpflich wegkommt, ist selbstverständlich. Das macht aber diesen Menschenfreund um kein Haar länger oder kürzer. Wir werden auch ferner an unserem Seelsorger desto fester halten. Dann wird das „Preisheften“, wovon im Briefkasten derselben Nummer des „Armen Teufel“ die Rede ist, noch nicht so leicht vor sich gehen.

Wahl.

× Die Stärke der Parteien im alten und neuen Reichstage:

Parteien	Gewählt früher	In- oder Abnahme
Zentrum	100	103 +3
Konservative	53	52 -1
Deutsche Reichspartei	19	20 +1
Antisemiten	9	12 +3
Nationalliberale	52	53 +1
Freisinnige Volkspartei	21	28 +7
Freisinnige Vereinigung	9	15 +6
Deutsche Volkspartei	6	7 +1
Sozialdemokraten	81	58 -23
Bund der Landwirte	2	6 +4
Bayerischer Bauernbund	5	5 0
Polen	16	14 -2
Deutsch-Hannoveraner	5	6 +1
Elfasser	9	10 +1
Wilde	9	8 -1

Dem Zentrum werden meist 106 Mandate im Reichstage angerechnet, es waren aber nur 103 Zentrumsabgeordnete und 3 hospitierende Deutsch-Hannoveraner. Also hat das Zentrum selbst nur 3 Mandate verloren. Diesmal werden drei Deutsch-Hannoveraner wieder hospitieren (v. Schele, Goldhorn und v. Olenhusen). Mit diesen würde das Zentrum dann 103 Abgeordnete zählen.

× Bei dem „Wahlbureau der Ordnungsparteien“ im Baugener Wahlkreise lief noch Donnerstag abends folgendes Telegramm des wiedergewählten Reichstagsvertreters Herrn Gräfe aus Bischofswerda ein: „Graufenden, donnernden Heilruf den siegreichen vereinigten vaterländischen Herren des dritten Kreises. Von unserer behaupteten Weste aus muß das Vaterland wieder erobert werden. Gräfe.“

× Eine eigenartige Wahlbeeinflussung hat sich der Gemeinde-Vorsteher Boshow in Nieben (Kreis Jand.-Belzig) zu schulden kommen lassen. Den Stichwahltag ließ er bekannt machen unter folgendem Zusatz: „Wählbar sind nur der Landrat a. D. v. Verken und der Demokrat Ewald-Verlin. Außerdem wollen diejenigen, welche den Demokraten gewählt haben oder noch wählen und noch

Schulden bei mir haben, dieselben möglichst umgehend begleichen, im anderen Falle Zwangs-Einziehung erfolgen würde. Nieben, den 21. Juni 1903. Boshow, Gemeinde-Vorsteher.

× Boshow. Einen erfreulichen Beweis der Disziplin gab die Zentrumswahlerschaft in unserem Orte. Man ließ sich durch die abweichende Meinung des Gemeindevorstehers nicht beirren, sondern gab bei der Hauptwahl für Boshow die Stimmen ab. Gräfe erhielt 57, Höppler 32, Graud 8 und Dr. Boshow 80 Stimmen. Als bei der Stichwahl die Parole ausgegeben wurde, zur Rettung des letzten Volkwerkes Sachsens mögen alle Katholiken Herrn Gräfe die Stimme abgeben, da traten sie Schulter an Schulter mit den protestantischen Mitbürgern für Gräfe ein, so daß dieser 155 Stimmen erhielt, während Höppler es nur auf 37 bringen konnte. Wäge unser neuer Abgeordneter in seiner parlamentarischen Tätigkeit keine Veranlassung geben, daß diese schöne Einigkeit durchbrochen werden muß.

× Wie an vielen Orten, sind auch in Döhlen bei Deuben 15 Stimmen für Dr. Boshow abgegeben und nicht besonders gezählt worden; sie werden unter „zersplittert“ aufgeführt. Diese Stimmen wurden im Wahllokal „Rote Schänke“ gezählt.

Neueste Nachrichten.

Graf Khuen erklärte einem Interviewer des „Freundenblatt“, zum Ausgleich stelle sich sein Ministerium ebenso wie das Ministerium Schell. Es bleibe alles beim alten. Im Verhältnis der ungarischen zur österreichischen Regierung trete keine Änderung ein. — Fremdenlegation in Baolac haben am 27. d. M. das Haus ihres Hauptmannes beschossen, weil sie von ihm schlecht behandelt worden seien. Der Hauptmann war zurzeit der Tat nicht anwesend. — Der kolumbische Senat wählte Velaz zum Präsidenten. Derselbe ist ein entschiedener Gegner des Panama-Kanal-Vertrages. — Großfürstin Alexandra Joliphowna, geb. Prinzessin von Sachsen-Altenburg, Witwe des Großfürsten Konstantin Nikolajewitsch, ist lebensgefährlich erkrankt. — König Peter von Serbien teilte dem Sultan telegraphisch seinen Regierungsantritt mit. Der Sultan antwortete auf die Mitteilung mit freundschaftlichen Worten.

Im Val Viora (Schweiz) oberhalb Nicola wurden 2 Lehrer und 16 Schüler des Kantonal-Gymnasiums auf einem Auszuge von einer Lawine überrollt. Der aus der Val Viora gebildete Laminentzug hat sich am 14. Juni ereignet. Professor Groebli und zwei Gymnasialisten sind tot, drei andere, darunter Professor Bodez, schwer verletzt. Fünf der sechs Teilnehmer werden vermisst. Sie sollen den Rückweg nach Sedran angetreten haben. — Ein furchtbares Eisenbahnunglück hat sich in Spanien auf der Strecke zwischen Miranda und Logrono bei der Station Genicero ereignet. Die zweite Lokomotive eines Postzuges entgleiste auf einer Brücke und rief sechzehn besetzte Waggons mit sich in die Tiefe, wo sie völlig zertrümmert wurden. Vier sechs Personen blieben unverletzt. Ueber 100 sollen tot, 150 Personen verwundet sein.

Briefkasten.

Anfrage betreffs Kaiseroute. Zittau-Barnsdorf-Zetschen-Vodenbach (Staatsbahn)—Prag—Budweis—Hörig.

Gingefandt.

(Ohne Verantwortung der Redaktion.)

Geehrter Herr Redakteur!

Wie hat Ihnen denn der Brief des Herrn Kaplan Gottenrott gefallen? Jamos, nicht wahr, er hat seinen Gegner decart gezeichnet, daß man gleich die ganze Charakter daraus erkennen kann. Erbaut wird der Herr Pastor allerdings nicht sein davon, und ich glaube, wenn er wieder einmal ein Bild braucht, zum Porträtmaler Gottenrott geht er nicht wieder. Da wird er lieber einem vom Evang. Bunde etwas zuwenden, die verstehen sich besser auf das Schmeicheln von Porträts und von deren Hand gemalt, würde dem Herrn Pastor sein Bild schon besser gefallen. Doch nun zur Sache. Worin besteht denn das Verbrechen, wodurch der Herr Kaplan sich den Haß des ganzen Bundes zugezogen hat? Er hat auf der Katholikenversammlung in Jwidau gesagt: Wir sind ultramontan bis auf die Knochen! Hat er damit vielleicht etwas Unrichtiges gesagt? Durchaus nicht. Jeder Katholik, der noch auf diesen Namen Anspruch macht, muß ultramontan sein, d. h. den Anordnungen und Lehren des Papstes, des Oberhauptes der Kirche, der jenseits der Berge wohnt, gehorchen, wohl-gemerkt aber nur in religiöser Hinsicht, in kirchlichen Dingen; in politischer Hinsicht hingegen sind wir „reichstren bis auf die Knochen“. Es ist notwendig, dieses streng auseinanderzuhalten, da unsere Gegner immer wieder von unserem Vaterlande jenseits der Berge sprechen. Nein, Verehrtester, wir sind deutsch, durch und durch deutsch, und wir werden uns unser deutsches Vaterland nicht durch Niederträchtigkeiten anderer vereiteln lassen. Die Katholiken waren Deutsche, ehe an Protestanten gedacht wurde, sie sind deutsch und wollen deutsch bleiben; reichstren bis auf die Knochen. Das hat auch das Zentrum bewiesen und selbst in der schwersten Zeit des Kulturkampfes hat es nicht an eine Revision seiner monarchischen Gesinnung gedacht, die bei anderen Leuten sich leicht immer einzustellen pflegt. In Sachsen, wo so viele Katholiken sind, haben dieselben ihre Reichstreue dadurch öffentlich bewiesen, daß sie den Wahlkreis Bayreuth vor den Unstirglern bewahren halfen. Daß aber das Zentrum in politischer Hinsicht nicht ultramontan ist, d. h. seine Besungen aus Rom erhält, hat zu seiner größten Verger Fürst Bismarck während des Septemberrummels erfahren müssen, als er den Papst um seine Intervention anging. Das Zentrum lehnte damals ab, aber entscheidend durch Freiherrn v. Frankenstein den dahingehenden Vorschlag des Papstes ab. Trotzdem werden unsere Gegner nicht müde, uns immer wieder „römische Schädlinge“ zu nennen und uns der Vaterlandsfeindschaft zu beschuldigen; verstieg sich doch ein stetiges Schmähd Blatt zu der Bemerkung: Lieber hundert Soziale als ein Zentrumsmann! Man sieht, wie der Haß blind macht. Wir aber werden uns durch solche Leute nicht im geringsten beirren lassen, wir werden fortfahren, einzutreten einerseits für unseren heiligen Glauben, andererseits für unser geliebtes Vaterland!

B.

Jetzt nach der Wahl werden in den Zeitungen lange Betrachtungen angestellt, alle möglichen und unmöglichen Gründe angeführt, die an den schlechten Ausfall derselben, namentlich in Sachsen, Schuld sein sollen. Bald soll der Reichskanzler, bald die Jesuiten, bald die hohen Steuern, der Zolltarif und zuletzt das schlechte Wahlgesetz das Narrickel sein. In den „Dresdn. Nachr.“ wurde dieser Tage

